



**SAMARITER**   
STIFTUNG

## **DAS ZUSAMMENSPIEL VON HAUPTAMTLICHER ARBEIT UND BÜRGERENGAGEMENT:**

**Bürger und Profis gemeinsam für die Zukunft der Alten- und Behindertenarbeit und der Sozialpsychiatrie**

Eine gemeinsame Position der Stiftung Liebenau  
und der Samariterstiftung Nürtingen

**Herausgeber**

Samariterstiftung  
Schlossweg 1  
72622 Nürtingen  
Telefon 07022 505-200  
E Mail [hauptverwaltung@samariterstiftung.de](mailto:hauptverwaltung@samariterstiftung.de)  
Internet:[www.samariterstiftung.de](http://www.samariterstiftung.de)

Stiftung Liebenau  
Siggenweilerstraße 11  
88074 Meckenbeuren  
Telefon 07542 10-0  
E Mail [info@stiftung-liebenau.de](mailto:info@stiftung-liebenau.de)  
Internet: [www.stiftung-liebenau.de](http://www.stiftung-liebenau.de)

**Verantwortlich für den Inhalt**

Dr. Berthold Broll, Vorstandsvorsitzender Stiftung Liebenau  
Dr. Hartmut Fritz, Vorstandsvorsitzender Samariterstiftung

**Redaktion**

Gabriele Blum Eisenhardt, Referentin Kommunikation und Gesellschaft, Samariterstiftung  
Karin Birk, Projektmanagerin Ressort Sozialpolitik, Stiftung Liebenau  
Otto Haug, Leitender Referent Kommunikation und Gesellschaft, Samariterstiftung  
Ulrich Kuhn, Leiter Ressort Sozialpolitik, Stiftung Liebenau

**Layout**

Wintergerst & Fraiss, Reutlingen

**VORWORT**

„Selbstbestimmung und Teilhabe statt Fürsorge und Versorgung“ – mit diesen Worten wird der Paradigmenwechsel bezeichnet, der sich im Bereich der Dienstleistungen für behinderte bzw. pflege- und hilfsbedürftige Menschen seit längerem vollzieht. Auch unterstützungsbedürftige Menschen wollen möglichst „normal“ und ins Gemeinwesen integriert leben. Entsprechend verändern sich die Vorstellungen der Behinderten- und Altenhilfe zunehmend weg von reinen Vollversorgungseinrichtungen hin zu wohnortnah erbrachten personenzentrierten Hilfen nach Maß. Auch politisch wird dieser Prozess einer stärkeren Sozialraumorientierung durch die Kommunalisierung der Kostenträgerstrukturen unterstützt. Dieser Wandel birgt die große Chance, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf ihren Platz mitten in der Gesellschaft finden oder behalten und sich vielfältige Begegnungsmöglichkeiten zwischen hilfebedürftigen Menschen, professionellen Unterstützern und den Mitbürgern im Lebensumfeld ergeben. So wird die Verantwortung für die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft nicht mehr nur institutionell organisiert und wahrgenommen, sondern erhält ein Gesicht in der Begegnung von Mensch zu Mensch. Dies lässt nicht nur die unmittelbare zwischenmenschliche Solidarität wachsen, sondern ermöglicht auch einen „Lastenausgleich“ im bereits bestehenden demographischen Wandel.

Vor diesem Hintergrund wird das gelingende Zusammenspiel von hauptamtlicher professioneller Arbeit und qualifiziertem Bürgerengagement immer wichtiger. In einem über einjährigen Prozess haben die Samariterstiftung und die Stiftung Liebenau unter Beteiligung von MitarbeiterInnen und bürgerschaftlich engagierten Menschen die Zukunftsperspektiven des „Bürger-Profi-Mix“ beleuchtet.

Das vorliegende Positionspapier spiegelt den derzeitigen Stand der teilweise auch kontrovers geführten Diskussion in unseren beiden sozialen Einrichtungen und die entwickelten Zielvorstellungen wider. Es stellt also kein abschließendes Ergebnis dar, sondern will aufschließen und anregen zu einer vertieften Auseinandersetzung, zur Entwicklung neuer Handlungsansätze in der Praxis und zum Dialog mit der Politik über notwendige Veränderungen der Rahmenbedingungen.

Wir laden alle Interessierten, Einflussgeber und Verantwortliche zu einer kritisch-konstruktiven Debatte ein und hoffen somit auf einen weiteren kreativen Prozess, um das Miteinander von unterstützten Personen, Bürgern und Profis immer besser gelingen zu lassen.

Dr. Berthold Broll  
Vorstandsvorsitzender  
Stiftung Liebenau

Dr. Hartmut Fritz  
Vorstandsvorsitzender  
Samariterstiftung



## PRÄMBEL

Im Mai 2006 beschlossen die Vorstände der Stiftung Liebenau und der Samariterstiftung, in einem gemeinsamen Projekt bewährte und neue Formen des Helfens in einem Bürger-Profi-Mix zu durchdenken bzw. neu zu entwickeln, deren Chancen und Grenzen zu diskutieren und entsprechende Organisationsformen dafür auszuarbeiten. Dies soll zur Klarheit für die eigene Unternehmenspolitik im Bereich Bürgerbeteiligung beitragen sowie Impulse in den politischen Raum senden.

**Bewährte und neue  
Formen des Helfens**

Beide Stiftungen sind davon überzeugt, dass in ihren Einrichtungen hochprofessionelle Arbeit geleistet wird. Das Papier geht von diesen Gegebenheiten aus, formuliert aber auch Konsequenzen für zukünftige Entwicklungen, die sich durch die demographische und politische Entwicklung ergeben. Das Papier gibt den derzeitigen Diskussionsstand wieder.

Sowohl die Stiftung Liebenau als auch die Samariterstiftung haben bereits vielfältige und langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit bürgerschaftlich Engagierten. Weit über 2000 Bürger engagieren sich insgesamt in beiden Sozialunternehmen.

**Mehr als 2000 Freiwillige  
engagieren sich in beiden  
Stiftungen**

Durch die Veränderungen des Sozialstaates bekommen Bürger, die sich freiwillig engagieren, ein neues Gewicht: einerseits durch die Entwicklung ergänzender Hilfskonzepte, die verstärkt im allgemeinen Wohnumfeld und im Gemeinwesen ansetzen – und dem Hilfesuchenden möglichst ein autonomes Leben ermöglichen sollen, andererseits durch die sich verschlechternden Finanzierungsgrundlagen.

**Bürger bringen zusätzliche  
Qualität ins Hilfesystem**

Um für Menschen mit Hilfebedarf auch in Zukunft passende individuelle Angebote anbieten zu können, ist es deshalb für die beiden Stiftungen wichtig, ihre Konzeption über die rein professionelle Betreuung hinaus zu einer Konzeption begleitender Hilfeangebote im Mix von Bürgern und Profis weiterzuentwickeln. Ziel ist dabei, die Lebensqualität für die hilfebedürftigen Menschen und die Qualität professioneller Pflege und Betreuung zu steigern – und gleichzeitig soziale Arbeit finanzierbar zu halten. Deutlich wird: die bedarfsgerechte Leistungserbringung für alte, kranke und behinderte Menschen erfolgt durch entsprechend qualifizierte Kräfte bzw. in einem sachgerechten Mix von Profis und Bürgern und erfordert entsprechende Finanzierungsformen. Im Bereich der Sozialpsychiatrie ist dieser Mix beispielsweise stark ausgeprägt. Der Rechtsanspruch auf bedarfs- und sachgerechte Hilfen bleibt dabei auch weiterhin bestehen. Beide Stiftungen sind sich einig, dass Bürgerengagement nicht zu einer etwaigen Entprofessionalisierung missbraucht werden darf.

**Nein zur  
Entprofessionalisierung**

Ziel eines integrierten Hilfskonzepts ist auch der Erhalt und die Weiterentwicklung von Stellenprofilen und hauptamtlicher Tätigkeit. So werden z.B. zukünftig Aufgaben des Freiwilligenmanagements im Gemeinwesen und somit auch bei den professionellen Angeboten der Altenhilfe wesentlich zum professionellen Selbstverständnis gehören. Bürger und Profis werden zukünftig Hand in Hand arbeiten, soll das Engagement für alle Beteiligten Gewinn bringen. Das Engagement von Bürgern wird also systematischer Bestandteil jeglicher Organisationsentwicklung und auch der strategischen Ausrichtung der Arbeit sein. Das bedeutet aber auch, dass den hauptamtlichen Mitarbeitern mehr Verantwortung und Entscheidungsbefugnisse gegeben werden.

**Bürger und Profis  
arbeiten Hand in Hand**

## BEGRIFFSERLÄUTERUNGEN

### Unter Bürgern ...

verstehen wir den einzelnen Bürger, Gruppen, Vereine, Unternehmen, Schulen oder Jugendgruppen, die Verantwortung für ihre Mitmenschen übernehmen können, sowie Angehörige der von uns betreuten Menschen. Bürger üben in diesem Sinne eine außerberufliche Tätigkeit aus eigenem Antrieb aus. Angehörige haben dafür unter Umständen eine eigene Motivation.

### Der Profi ...

ist eine Person, die definierte Aufgaben hat, auf der Basis eines Arbeitsvertrags angestellt und in die soziale Organisation formal eingebunden ist. Der Profi übt eine Tätigkeit als Beruf und gegen Entlohnung aus und ist entsprechend dafür qualifiziert.

### Ein Bürger-Profi-Mix ...

ist das Zusammenspiel und die Kooperation von Bürgern und Profis in der Alten- und Behindertenhilfe und der Sozialpsychiatrie, das bedarfsgerechte Formen sozialer Hilfestellungen ermöglicht. Weil die Mitarbeit von Bürgern in der Samariterstiftung und der Stiftung Liebenau bereits Tradition hat, geht es dabei nicht um grundsätzlich Neues, sondern um die gezielte Koordination der Engagierten.

Die Zusammenarbeit findet dabei auf Augenhöhe statt, wobei die erbrachten Leistungen der Bürger als zusätzlich zu den vertraglich vereinbarten Leistungen zwischen Leistungserbringern, -nutzern und -trägern anzusehen sind.

## INHALT

### A) GRUNDEINSCHÄTZUNGEN DER ENTWICKLUNG DES SOZIALSYSTEMS UND DER BÜRGERVERANTWORTUNG

1. Ausgangslage	9
2. Bürgerengagement: Bedeutung für die Gesellschaft	10
3. Die Potentiale der Bürger nutzen	11
4. Wo die neue Rolle von Bürgern und Profis gefordert ist	11

### B) KONSEQUENZEN FÜR SOZIALE DIENSTLEISTUNGSUNTERNEHMEN

1. Anerkennungskultur	12
2. „So viel Hilfemix wie möglich:“ Profis in neuer Rolle	13
3. Konkrete Auswirkungen der neuen Rollenverteilung bei Pflege und Betreuung	14
4. „Wir gehen zu den Bürgern, nicht die Bürger zu uns“	15
5. „Wir werden vorbeugend aktiv“	16
6. „Stationäre und ambulante Leistungen müssen noch stärker flexibilisiert und modularisiert werden“	17
7. Notwendige politische Veränderungen	18

# A: GRUNDEINSCHÄTZUNGEN DER ENTWICKLUNG DES SOZIALSYSTEMS UND DER BÜRGERVERANTWORTUNG

## 1. AUSGANGSLAGE

Demographische, medizinische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen machen deutlich, dass unser Sozialsystem dringend weiterentwickelt werden muss. In der jetzigen Form wird es nicht mehr lange funktionieren können. In der Weiterentwicklung liegen dagegen große Chancen für eine lebendige Gestaltung gelingenden sozialen Lebens.

Soziale Sicherungssysteme kommen an ihre Grenzen

### Hierzu stellen wir die folgenden Grundthesen zur Diskussion:

- Soziale Sicherung erfolgt heute zum größten Teil durch den Staat und gesetzlich verordnete Versicherungssysteme. Demographischer Wandel, hohe Arbeitslosigkeit und noch nicht an die veränderten Rahmenbedingungen angepasste soziale Sicherungssysteme führen zu knapper werdenden öffentlichen Budgets und zu Qualitätsverlust. Darüber hinaus werden die Sicherungssysteme im Wesentlichen immer noch über den Faktor Arbeit finanziert und kommen deshalb an ihre Grenzen.
- Die reine Professionalisierung der Dienstleistungsangebote hat zu einem „Entwöhnungsprozess“ geführt. Vielen Bürgern fehlt im Umgang mit älteren und behinderten Mitbürgern die notwendige Sicherheit und das Verständnis. In den letzten Jahren entstanden viele zukunftsweisende Konzepte und Bemühungen zur sozialen Integration von Menschen mit Betreuungsbedarf. Trotzdem sind diesen Menschen gegenüber immer noch große Vorbehalte in der Gesellschaft zu beobachten. Durch die Professionalisierung der sozialen Arbeit werden die Kompetenzen und Fähigkeiten der Gesellschaft wenig gefordert. Damit besteht die Gefahr, dass soziale Kontakte im Gemeinwesen verarmen.
- Der medizinische Fortschritt ist ein Segen, bringt aber auch drastisch steigende Kosten mit sich. Behinderungen nehmen an Komplexität zu und erfordern so eine intensivere Begleitung und Betreuung. Der demographische Wandel führt auch in der Behindertenhilfe / Sozialpsychiatrie zu stetig steigenden Fallzahlen (in den letzten 10 Jahren eine Steigerung von 50 %).
- Die steigende Lebenserwartung der Menschen hat zur Folge, dass es immer mehr ältere hilfebedürftige Mitbürger gibt (starker Anstieg bei den Demenzerkrankungen). Die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich im Zeitraum bis 2050 voraussichtlich von derzeit rund 1,8 Millionen auf nahezu 4 Millionen mehr als verdoppeln. Dementsprechend steigt auch der Bedarf an Pflegekräften (vgl. statistisches Landesamt).
- Menschen sind heute in ihrem Ruhestand länger aktiv. Dies bietet ein großes Potential an Personen, die sich bürgerschaftlich engagieren können und häufig auch wollen. Dies ist auch ein Beitrag dazu, die Lücke nach der Berufsphase zu schließen und etwas Sinnvolles tun zu können.
- Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird immer belastender. Konkurrenz, Zeit- und Leistungsdruck sowie drohender Verlust des Arbeitsplatzes machen Menschen vermehrt krank. Vielfach ist die Arbeitsbelastung Auslöser für psychische Erkrankungen.

Professionalisierung hat Bürger im Umgang mit älteren und behinderten Menschen „entwöhnt“

Medizinischer Fortschritt: Segen, Chancengeber und Kostenfaktor zugleich

In Zukunft werden deutlich mehr Pflegekräfte gebraucht

Großes Potential an Bürgern, die sich engagieren wollen und können

#### Herausforderung Globale Märkte

- Die globalen Märkte bringen neue Herausforderungen mit sich. Nationale Politik reicht alleine nicht mehr aus, um soziale Sicherheit für die Bürger eines Landes zu erhalten.

#### Individualisierung und Mobilität führt zu sozialer Unterforderung

- Durch Individualisierung, zunehmende Mobilität und Flexibilität gehen mehr und mehr informelle Strukturen verloren. Dies bedeutet auf der einen Seite, dass alte, kranke und behinderte Menschen immer weniger von ihren Angehörigen versorgt werden können. Andererseits führt dies dazu, dass viele Menschen an zu viel freier, an „Sinn-freier“ Zeit leiden. Immer mehr Menschen haben zu wenig Gelegenheiten, für andere wichtig zu sein und ihr Tun und Leben als sinnvoll zu erleben. Bürger wissen oftmals nicht, dass und wie sie sich für ihre Mitmenschen einsetzen können. Sie sind oftmals sozial unterfordert. Dies ist ein weiterer Grund für die steigende Zahl psychischer Erkrankungen.

#### Fazit: Grundlegende Reformen stehen an

Neben einer neuen, zielgerichteten präventiven Sozialpolitik muss auf Dauer mehr Geld in die sozialen Sicherungssysteme fließen und zielgerichtet eingesetzt werden. Dies alleine wird aber nicht genügen, und so möchten wir mit diesem Diskussionspapier deutlich machen, dass es wieder eine „neue Kultur sozialer Verantwortung“ aller Bürger und gesellschaftlicher Gruppen, Vereinigungen und Unternehmen braucht. Nur dann kann die Gesellschaft ihr „menschliches Antlitz“ bewahren, und nur dann bleiben die Angebote auch finanzierbar. In der Gesellschaft ist eine hohe Sensibilität für diese neue Kultur sozialer Verantwortung zu spüren. Gelingt es diese aufzunehmen, liegt in der Weiterentwicklung unseres Sozialsystems eine große gesellschaftliche Chance.

#### Eine „neue Kultur sozialer Verantwortung“ für eine Gesellschaft mit „menschlichem Antlitz“

## 2. BÜRGERENGAGEMENT: BEDEUTUNG FÜR DIE GESELLSCHAFT

#### Wenn Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, entsteht „Sozialkapital“

Wenn Menschen miteinander in Beziehung treten, kooperieren und dadurch Sinn erfahren, dann entsteht dabei „soziales Kapital“. Je höher das „Sozialkapital“ einer Region ist – also je mehr Menschen einer Region Verantwortung für sich und andere übernehmen – desto besser sind die Bildungschancen und der gesundheitliche Zustand der Bevölkerung, und desto geringer sind Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsrate. Die Höhe des Sozialkapitals hat darüber hinaus entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Region (vgl. Putnam).

#### Den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft stärken

Es ist also nicht nur wichtig, Freundschaften und die Familie zu pflegen. Der dritte Sozialraum (Nachbarschaft, Vereine, soziale Organisationen, Nicht-Regierungsorganisationen, Selbsthilfegruppen) muss ebenso gepflegt werden, damit ein innerer Zusammenhalt in der Gesellschaft entstehen kann. Bürgerengagement verringert die Gefahr der Isolation und Ausgrenzung von pflegenden/betreuenden Angehörigen sowie von älteren und/oder behinderten Menschen, da sie dadurch jetzt inmitten der Gesellschaft sind. Bürger haben die Möglichkeit, ihre sozialen Fähigkeiten zu entwickeln und einzubringen und an einer Verbesserung der Lebensqualität aller mitzuarbeiten.

#### Selbständiges Leben dank wohnortnaher Versorgung

Gesamtgesellschaftliche Veränderungen sowie veränderte Anforderungen der Menschen mit Betreuungsbedarf bieten den Hilfebringern die Chance, Bürger verstärkt im Rahmen eines Bürger-Profi-Mix einzubeziehen. Darüber hinaus wünschen sich vermehrt ältere und auch behinderte Menschen ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben und – soweit möglich – ein Wohnen in den eigenen vier Wänden. Sie wünschen sich eine wohnortnahe dezentrale Versorgung und Hilfeleistungen, die von der Familie, der Nachbarschaft, bürgerschaftlich Engagierten und Profis erbracht werden und die auch bezahlbar sind.

## 3. DIE POTENTIALE DER BÜRGER NUTZEN

### Aktuelle Rahmenbedingungen für Bürgerengagement:

Der zweite Freiwilligensurvey macht deutlich, dass die Engagementbereitschaft in der Bundesrepublik zunimmt, speziell im Bereich „Soziales“ und „Jugendarbeit und Bildung“. Überraschend ist auch, dass gerade Personen, die eine hohe berufliche Position bekleiden, überdurchschnittlich stark engagiert sind. Ebenso ist ein deutlicher Anstieg bei den über 60-Jährigen und bei Arbeitslosen zu verzeichnen. Dies zeigt, dass weiterhin ein großes Potential an Engagement vorhanden ist. Trotz der durchweg positiven Zahlen muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass das größte Engagement nach wie vor in den Bereichen Sport und Bewegung zu finden ist. Die äußeren Rahmenbedingungen für Engagement stellen sich gerade in Baden-Württemberg durchweg positiv dar. Allerdings darf speziell im sozialen Bereich nicht vergessen werden, dass hier eine weit verbreitete „Versorgungsmentalität“ vorherrscht. Wegen der vermeintlich hohen Sozialabgaben neigen viele zu einer „Anspruchsmentalität“ und sehen nicht den Bedarf und den persönlichen Gewinn, den ein Engagement mit sich bringt. Des Weiteren werden soziale Einrichtungen von außen oftmals als geschlossene Systeme wahrgenommen. Die Hemmschwelle, sich zu engagieren, kann teilweise relativ hoch sein. Gerade auch deswegen ist es notwendig, mit Gruppen wie Vereinen, Schulen, Kirchengemeinden oder Firmen Kooperationen einzugehen, um diese Hemmschwelle zu überwinden.

Bürgerschaftliches Engagement wird von der Gesamtheit der gesellschaftlichen Gruppierungen (Individuen, gesellschaftliche Gruppen und Anbieter sozialer Arbeit) getragen. Als Initiator kann auch ein Anbieter professioneller Dienstleistungen wirken. Wichtig ist, dass der Gesamtprozess gemeinsam von den Gruppen geplant und gelebt wird. Dies macht deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement nicht der Verfügungsgewalt einer Gruppierung – sei es eines Leistungserbringers oder eines Leistungsträgers – unterliegt.

### „Individuen, gesellschaftliche Gruppen und Unternehmen übernehmen gemeinsam Verantwortung für das Soziale“

## 4. WO DIE NEUE ROLLE VON BÜRGERN UND PROFIS GEFORDERT IST

In Deutschland ist das gesellschaftliche Engagement von Einzelpersonen, Vereinen, Jugendgruppen und Unternehmen weit verbreitet, doch besonders bei Unternehmen ist dieses Engagement überwiegend noch von traditionellen Formen wie Spenden und Sponsoring für Kultur, Sport oder Soziales geprägt. Erst seit kurzem wird hierzulande die Diskussion über die soziale Verantwortung der Bürger geführt, die über dieses traditionelle Engagement der Wirtschaft hinausgeht. Auch Unternehmen sind bereit, sich für soziale Aufgaben zu engagieren und Partnerschaften einzugehen. Bürgerschaftliches Engagement wird dabei als Investition in die Gesellschaft verstanden, die sich positiv auf das Zusammenleben auswirkt und somit auch Einfluss auf die Unternehmenskultur und die sozialen Kompetenzen der Mitarbeiter eines Unternehmens hat.

Wenn also Individuen, gesellschaftliche Gruppen und Unternehmen gemeinsam Verantwortung für das Soziale übernehmen, dann bietet es sich an, vor allem Jugendliche schon frühzeitig einzubeziehen und mit bürgerschaftlichem Engagement

#### Vielfältiges Engagement in der Bundesrepublik – vor allem im Sport

#### Die Hemmschwelle gegenüber Engagement ist nach wie vor hoch

#### Nicht nur einzelne Bürger, sondern auch Gruppen, Vereine und Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen

#### Immer mehr Schulen kooperieren mit sozialen Organisationen

vertraut zu machen. Dabei bieten sich Schulen als Lernorte an, indem sie mit sozialen Organisationen kooperieren. Diese Form des Engagements ist in einigen Schulen schon Bestandteil des Curriculums. Durch den „Quali-Pass“, der Teil des Zeugnisses ist, bietet bürgerschaftliches Engagement für Jugendliche einen Zusatznutzen, da solche Nachweise hilfreich bei der späteren Stellensuche sein können. Jugendliche lernen somit frühzeitig Verantwortung zu übernehmen und sich für ihre (schwächeren) Mitmenschen einzusetzen. Speziell für benachteiligte Jugendliche bietet freiwilliges Engagement zusätzlich die Möglichkeit sich fortzubilden, soziale Kompetenzen zu erwerben und damit ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen – auch weil dadurch wichtige Kontakt- und Informationsnetzwerke entstehen können.

### Fazit: Neue Lösungen sind gefragt

Die beschriebenen qualitativen Veränderungen und die steigende Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen erfordern neue Lösungsansätze. Für sozialstaatliche Aufgaben werden die Ausgaben begrenzt. Dies bedeutet, dass ein (mehr oder weniger) fest definiertes Budget für immer mehr Menschen die gleichen Leistungen finanzieren soll. Leistungskürzungen und Standardabsenkungen sind die Folge. Dies darf nicht sein! Auch bürgerschaftliches Engagement kann diese Lücke nicht füllen. Trotzdem stellt sich für uns die Frage, ob die Herausforderungen durch eine intelligente Verknüpfung beider Unterstützungssysteme erfolgreich gemeistert werden können.

## B: KONSEQUENZEN FÜR SOZIALE DIENSTLEISTUNGSUNTERNEHMEN

### 1. AUSBAU EINER ANERKENNUNGSKULTUR

#### Motive der Bürger für ihr Engagement

Bürger engagieren sich einerseits, weil sie die Gesellschaft mitgestalten wollen oder auch einfach nur mit anderen Menschen zusammen kommen möchten. Insgesamt ist die Gemeinwohlorientierung stark ausgeprägt. Eigene Interessen und Problemlagen werden aber zunehmend in das Engagement miteinbezogen.

Bürger erwarten von ihrem Engagement ein Plus an Lebensgefühl und Lebensfreude. Die Tätigkeit soll Spaß machen. Ebenso wünschen sich Bürger dadurch interessante soziale Kontakte. Das Engagement bietet die Möglichkeit, den eigenen Horizont zu erweitern und bringt einen Zuwachs an Kenntnissen und Erfahrungen mit sich. Gerade Schüler, Auszubildende und Studenten haben darüber hinaus einen beruflichen Nutzen.

#### Würdigung des Engagements

Heute gibt es vielfältige Formen der Anerkennung. Bürgerschaftliches Engagement von Menschen folgt dabei einer anderen „Währung“ als der Markt, d.h. auch einer anderen Logik der Belohnung und Anerkennung. Es gibt Tätigkeiten, die eine hohe Verantwortungsbereitschaft und Verlässlichkeit erfordern. Hierbei sind häufig auch finanzielle Entlohnungen üblich. Die Mehrheit hingegen erbringt ihre Hilfeleistung unentgeltlich.

#### Ideelle Vergütung

Um die nachhaltige und spürbare Wertschätzung des Beitrags engagierter Bürger deutlich zu machen, ist es wichtig, aktive und den Zielgruppen angemessene Formen der Anerkennung und Ehrung zu entwickeln. Es braucht Ansprechpartner für Beratung, Hilfestellung und Kontaktvermittlung. Daneben müssen finanzielle, sachliche

und personelle Ressourcen (z.B. Nutzung von Räumlichkeiten und Fahrzeugen) bereitgestellt werden. Es gilt, Bedürfnisse, Anliegen und Probleme in der Organisation ernst zu nehmen und das Engagement bei der Zuteilung öffentlicher Güter (z.B. Praktikumsplätze, Studienplätze) anzuerkennen. Ebenfalls sind Fortbildung und Qualifizierung, interessante Aufgaben, die persönlich weiter bringen sowie Zertifikate und Zeugnisse wichtige Formen der Anerkennung.

#### Monetäre Vergütung

Eine Bezahlung des Engagements birgt die Gefahr, Bürgerengagement seines eigentlichen Wertes zu berauben. Das bürgerschaftliche Engagement im Dienst an der Gesellschaft zieht seinen besonderen Wert gerade daraus, dass es nicht nach der Bezahlung fragt. Formen der Honorierung, etwa Entschädigung für getätigte Auslagen, dürfen in keiner Weise mit der beruflich-professionellen Vergütung verglichen werden.

Ob bürgerschaftliches Engagement grundsätzlich finanziell honoriert werden soll oder nicht, kann hier nicht allgemein beantwortet werden. Dennoch sind Ansätze, die sowohl eine ideelle Anerkennung als auch pauschale monetäre Aufwandserstattungen berücksichtigen (z.B. für Fahrtkosten, Telefonabrechnungen, Schulungen) erste Schritte zu einer gelingenden Form der Anerkennung.

#### Herausforderungen und Fragen:

- Gibt es bezüglich der Anerkennung eine für alle zufrieden stellende einheitliche Lösung?
- Unter bürgerschaftlichem Engagement verstehen viele eine Tätigkeit ohne jegliche finanzielle Honorierung.
- Es muss ausgelotet werden, wo die Grenzen der Zuverlässigkeit von bürgerschaftlichem Engagement sind.
- Andererseits ist es gerade für Leistungsnutzer äußerst wichtig, dass sie sich auf Personen verlassen können, d.h. dass sich auch Bürger bis zu einem gewissen Punkt zuverlässig sein müssen.
- Bei einer finanziellen Honorierung ist der Grad zwischen bürgerschaftlichem Engagement und einer geringfügigen Beschäftigung schmal.

### 2. „SO VIEL HILFEMIX WIE MÖGLICH“: PROFIS IN NEUER ROLLE

Profis werden zukünftig beim Aufbau von Strukturen im Gemeinwesen mitwirken, die älteren und behinderten Menschen ein weitestgehend gleichberechtigtes Leben in Gemeinschaft ermöglichen. Das heißt: So viel Helfemix wie möglich und so viel professionelle Hilfe wie nötig im Sinne des Subsidiaritätsprinzips. Die Rolle verändert sich dahingehend, dass die Profis über die qualifizierte Pflege und Betreuung hinaus Teilbereiche sozialer Arbeit, vor allem sehr fachspezifische Aufgaben übernehmen und mehr und mehr zum Moderator und Manager des Systems werden können. Dabei kooperieren sie mit unterschiedlichsten Organisationen und Anbietern, um Vielfalt und dadurch mehr Individualität zu ermöglichen. Neue Aufgaben kommen für die Profis hinzu, wie beispielsweise die Gewinnung von Bürgern, Information, Beratung, Fortbildung, Vermittlung und deren Koordination und Anleitung. Sie übernehmen damit auch ein Stück Mitarbeiterverantwortung. Einerseits verändert dies bestehende Berufsbilder und hat somit Einfluss auf die Ausbildung, andererseits kommen

Eine Honorierung muss sich deutlich von dem Gehalt von Profis unterscheiden

Profis werden über die fachliche Pflege und Betreuung hinaus immer mehr zu Moderatoren und Managern des Helfemixes

Neue Aufgaben wie Gewinnung von Bürgern, Beratung und Vermittlung kommen hinzu

Bürger wollen die Gesellschaft mitgestalten

Engagement erweitert den Horizont und bringt beruflichen Nutzen

Bezahltes und unbezahltes Engagement

Es braucht eine angemessene Form der Anerkennung und auch zusätzlichen „Mehrwert“

Bürger werden mehr und mehr in die Teams integriert

ganz neue Aufgaben hinzu. Die Mitarbeiter müssen ihr Wissen mit Bürgern und kommunalen Netzwerken teilen, um diese zu mehr Mithilfe zu befähigen. Sie sind somit Brückenbauer in die Gemeinde.

Mitarbeiter professioneller Assistenzdienste haben zukünftig die Aufgabe, Bürger in die Betreuungsaufgaben einzubeziehen. In einer Betreuungs-/Pflegeeinheit kann dies auch bedeuten, dass Bürger ebenfalls in den Austauschprozess integriert werden und bei Bedarf an Teamfortbildungen teilnehmen.

### 3. AUSWIRKUNGEN DER NEUEN ROLLENVERTEILUNG AUF PFLEGE UND BETREUUNG

In der Stiftung Liebenau und in der Samariterstiftung müssen die Aufgaben der Profis in Bezug auf die Organisation von bürgerschaftlichem Engagement reflektiert werden. Geeignete Bestandteile der professionellen Pflege und Betreuung können auch von Bürgern übernommen werden.

#### Wie die neue Aufgabenverteilung aussehen könnte

HAUPTAMTLICHE FACHKRÄFTE	ENGAGIERTE BÜRGER
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Professionelle und medizinische Behandlungspflege</li> <li>• Beziehungspflege, Aktivierungs- und Beschäftigungsangebote</li> <li>• Pädagogische Betreuung</li> <li>• Gesamtorganisation der Pflege und Betreuung</li> <li>• Aufbau und Management von Bürgerengagement im Gemeinwesen</li> <li>• Gewinnung und Begleitung von engagierten Bürgern (Information, Beratung, Vermittlung, Koordination, Begleitung, Fortbildung, Wertschätzung)</li> <li>• Begleitung von engagierten Kindern und Jugendlichen</li> <li>• Aufbau und Koordination von Netzwerken mit haupt- und ehrenamtlichen Hilfeanbietern</li> <li>• Planung und Finanzierung des individuellen Hilfemixes der einzelnen Personen</li> <li>• Aufbau von professionellen Strukturen in der Einrichtung, um Bürgerengagement konsequent in den Hilfeprozess einzubeziehen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begleitung der Bewohner durch zusätzliche persönliche Angebote zur Aktivierung und Beschäftigung</li> <li>• Alltagsbegleitung für behinderte Menschen, z.B.: Unterstützung im Haushalt, Begleitung bei Busfahrten, und Behördengängen</li> <li>• Begleitung bei der Integration in das Gemeinwesen</li> <li>• Präventive Maßnahmen</li> <li>• Einbringen von Fachwissen: Rentner unterstützen beispielsweise eine Werkstatt für behinderte Menschen bei der Akquise und im Management</li> <li>• Aufbau und Erhalt von Patenschaften: Feste Gruppen aus Kirchengemeinde, Vereinen oder Firmen übernehmen Patenschaften zu Wohngruppen oder einzelnen behinderten, kranken oder alten Menschen</li> </ul>

### Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation in den Einrichtungen:

Die Stiftung Liebenau und die Samariterstiftung müssen klare Strukturen und Konzepte entwickeln für die konsequente Einbeziehung von Bürgerengagement auf allen Ebenen und in allen Arbeitsbereichen mit folgenden Elementen:

- Praktizierte **Partnerschaft** zwischen freiwilliger und beruflicher sozialer Arbeit – angepasst an die Gegebenheiten der einzelnen Einrichtungen,
- klare und **sinnvolle Aufgabenstellungen**, die einrichtungsintern konzeptionell festgeschrieben sind,
- Bürgerengagement als **fester Bestandteil von Leitbild** und Konzeptionen,
- Schulung, Einarbeitung und **fachliche Begleitung** engagierter Bürger,
- Planung von **Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten** für die Engagierten,
- Punktuelle Einbeziehung in **Teambesprechungen** und Supervisionen,
- Partizipation der Bürger an **Planungsprozessen**
- Nutzung des Potentials von **hochqualifizierten Pensionären**, auch auf der Vorstands- und Managementebene,
- **Fort- und Weiterbildungskonzepte** mit gemeinsamen Angeboten, die den verschiedenen Bildungsniveaus gerecht werden,
- Ersatz für Aufwendungen,
- **Anerkennung** der geleisteten Arbeit (auch bei kurzzeitigem Engagement),
- **Entscheidungsfreiheit** und zeitliche Begrenzung für das Bürgerengagement,
- **Offenheit und Transparenz** bei Entscheidungen und Arbeitsorganisation.
- Verstärktes Bürgerengagement in den Einrichtungen bringt **keinen Stellenabbau** mit sich, sondern eine **Veränderung der Berufsbilder**, was wiederum eine Veränderung der Ausbildungen zur Folge hat

Gewinnung und Begleitung von engagierten Bürgern ist die Aufgabe von Profis

Einbeziehung der Bürger auf allen Ebenen der Einrichtungen

### Herausforderungen und Fragen

- Durch die konsequente Einbeziehung von Bürgern arbeiten Profis nicht mehr nur in einer Zweierkonstellation mit dem Hilfebedürftigen. Sie haben jetzt viele Ansprechpartner und Beteiligte im jeweiligen Hilfesetting.
- Profis engagieren sich auch, um mit dem Lohn ihren Lebensunterhalt zu sichern, Bürgern fehlt dagegen dieses Motiv.
- Profis befinden sich in einem Anstellungsverhältnis und damit auch in einer Art Abhängigkeitsverhältnis, das Bürger in ihrem Engagement nicht vorfinden.

Auf dem Weg zu ergänzenden Strukturen und veränderten Hilfeangeboten:

### 4. „WIR GEHEN ZU DEN BÜRGERN, NICHT DIE BÜRGER ZU UNS“

*Vorbemerkung: Stationäre bzw. ambulante Angebote für behinderte und alte Menschen sind keine Gegensätze. Stationäre Angebote werden weiterhin als ein Teil des Hilfesystems notwendig und wichtig sein. Doch ist davon auszugehen, dass der Schwerpunkt sich Richtung ortsnaher und ambulanter Angebote verschieben wird. Es werden in Zukunft neue Wohnformen im Alter und für behinderte Menschen gefragt sein. Die Veränderung der Angebote hin zum Gemeinwesen wird zu einer Zukunftsaufgabe.*

Um bürgerschaftliches Engagement stärker in die beiden Organisationen integrieren zu können, müssen sie noch „kleinteiliger“ werden, indem sie sich weiter ausdifferenzieren und lokale, überschaubare (gemeindenaher) Einheiten bilden, die sich in die

Kleinteilige überschaubare Einheiten erleichtern das Engagement

Gemeindenahen Wohnformen bieten die Möglichkeit, freiwillig Engagierte systematisch mit einzubeziehen

Kommune – der Lebenswelt der Bürger – integrieren. Dies beruht auf der Erkenntnis, dass bürgerschaftliches Engagement dort stark verbreitet ist, wo Organisationen selbstverständlicher Bestandteil des Gemeinwesens sind. Solche gemeindenahen Wohnformen bieten die Möglichkeit, bürgerschaftlich Engagierte in die Hilfeerbringung einzubeziehen. Nachbarn wird die Möglichkeit geboten, sich unmittelbar für ihre Mitmenschen einzusetzen. Dies bedeutet eine Qualitätssteigerung für die Menschen mit Betreuungsbedarf, da sie mitten in der Gesellschaft in einer tragfähigen Gemeinschaft leben können.

Kirchengemeinden sind gut funktionierende Netzwerke im Sozialraum – beide Stiftungen müssen sie stärker nutzen

In zweifacher Weise liegen in den engen Verbindungen beider Stiftungen zu örtlichen Kirchengemeinden große Chancen. Katholische wie evangelische Kirchengemeinden bilden noch immer ein meist gut funktionierendes Sozialraumnetzwerk mit Kommunikations- und Hilfeangeboten sowie Gemeinschaft fördernden Gottesdiensten und Veranstaltungen. Bürgerverantwortung braucht solch ein Sozialraumnetzwerk. Die Stiftung Liebenau und die Samariterstiftung können und müssen in Zukunft diese kirchlichen Nahraum-Strukturen nutzen, um gemeinsam mit Freiwilligen und in enger Kooperation mit den Kirchengemeinden alte, behinderte und kranke Menschen in ihrem „Zuhause“ betreuen und pflegen zu können. Dies bringt sowohl den Kirchengemeinden wie auch den betroffenen Menschen Gewinn

Die Erfahrung machen, bedeutend für Andere zu sein

*Jeder Mensch braucht eine bestimmte Tagesdosis von „ich bin bedeutend für Andere“, um nicht Schaden an seiner Seele und seiner Gesundheit zu nehmen. Die Erfahrung, „Sinn zu erleben“, machen immer weniger Menschen. Dies hat gravierende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Bürgerengagement bietet hier Gegenerfahrungen: Im Tun für den Nächsten wird Sinn erfahrbar und damit gleichzeitig ein Stück Gottesbeziehung erlebbar.\* Nicht zu unterschätzen sind die Wettbewerbsvorteile, die sich durch engere Kooperationen mit den Kirchengemeinden gegenüber anderen Anbietern sozialer Dienstleistungen ergeben.*  
\* Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner bei einem Vortrag in der Hauptkirche St. Petri Hamburg am 8.2.2006

## 5. „WIR WERDEN VORBEUGEND AKTIV“

Wir (die Stiftungen) werden nicht erst tätig, wenn Menschen ins Heim kommen bzw. umfassende Hilfeleistungen benötigen

Wir verstehen uns als Dienstleistungsunternehmen, die neben einer wirtschaftlich verantwortlichen Geschäftsführung großen Wert darauf legen, dass Menschen bereits frühzeitig eine passgenaue Unterstützung bekommen, um unsere Hilfen nicht oder in einem wesentlich geringeren Umfang in Anspruch nehmen zu müssen. Durch Bildungsangebote für Menschen mit Behinderungen und ältere Mitbürger können gesundheitliche Gefahren oftmals abgewehrt werden. Wir unterstützen Familien, die ihre hilfebedürftigen Angehörigen betreuen und/oder pflegen. Durch stunden- oder tageweise Entlastung können diese neue Kräfte schöpfen. Solche Ansätze helfen, Familiensysteme intakt und tragfähig zu erhalten.

Die Wahlfreiheit der Nutzer und deren Selbstbestimmungsrecht sind für uns handlungsleitend

Ältere und behinderte Menschen möchten niederschwellige, selbstbestimmte Wohn- und Betreuungsformen. Durch den vermehrten Einsatz von Bürgern können Netzwerke aufrechterhalten, gepflegt, ausgeweitet oder auch aufgebaut werden. Soziale Teilhabe wird besser ermöglicht, da es sich insgesamt um eine inklusive Gesellschaft handelt. Unter Umständen steht mehr Betreuungszeit zur Verfügung und können Hilfen noch individueller gestaltet werden. Wichtig ist beim Einsatz der Bürger die Wahlfreiheit der Älteren und behinderten Menschen zu berücksichtigen. Nur wenn diese sich tatsächlich Unterstützung und Begleitung durch engagierte Bürger wünschen, dürfen und können diese aktiv werden. Der Einsatz von Bürgern in einem Hilfesetting ist nur in einem solchen Rahmen möglich. Wir rechnen dabei nicht mit einem Stellenabbau, da professionelle Hilfe und Unterstützung weiterhin, allerdings in einer anderen Form, notwendig sein wird.

## 6. „STATIONÄRE UND AMBULANTE LEISTUNGEN MÜSSEN NOCH STÄRKER FLEXIBILISIERT UND MODULARISIERT WERDEN“

Vor allem im stationären Bereich können heute viele Hilfen nur „ganz oder gar nicht“ erbracht werden. Es gibt keine Wahlmöglichkeit zur Erbringung von Teilleistungen. D. h. der Hilfeempfänger und seine Angehörigen haben bei Inanspruchnahme einer stationären Hilfeleistung im Heim keine Möglichkeit, Teilleistungen abzuwählen und durch Personen aus dem persönlichen sozialen Umfeld erbringen zu lassen. Ein stationäres Angebot kann nur in vollem Umfang nachgefragt werden.

Während es bei ambulanten Hilfen im Pflegebereich die Möglichkeit gibt, sich einzelne Module bei einem professionellen Pflegedienst einzukaufen, handelt es sich in der Behindertenhilfe beim „Ambulant Betreuten Wohnen“ ebenfalls (noch) um eine Pauschalleistung. Hilfeempfänger haben somit nur wenig Einfluss auf die zu definierende Hilfe. Werden umfangreiche Pflege und Betreuung benötigt, ist meist der Umzug in eine stationäre Unterbringung die Folge. Dieser Wohnortwechsel bedeutet häufig auch einen Wechsel des Sozialraums. Zumindest gehen dabei die unmittelbaren Nachbarn und damit auch vielfach soziale Bindungen und Kontakte verloren.

Erste Forschungsergebnisse zum Pflegebudget zeigen, dass der freie Einsatz von Mitteln das Engagement des zweiten informellen Sektors, also das der Bürger, nachhaltig fördert. Gerade im stationären Bereich wäre es notwendig, im Sinne einer individuellen Hilfeplanung mit Einbeziehung des Bürgerengagements mehr Wahlmöglichkeiten von kleinen Leistungsmodulen zuzulassen, um für Leistungsnutzer und deren Angehörige einen Anreiz zu schaffen, sich verstärkt ins Hilfesystem einzubringen, wie beispielsweise die persönliche Wäsche selbst zu waschen oder das Frühstück selbst zuzubereiten. Dadurch könnten mehr Außenstehende in Hilfearrangements eingebunden werden. Das Miteinander steht dann im Vordergrund, und nicht gegenseitige Anspruchs- und Erwartungshaltungen. Damit steigt aber andererseits auch der Anspruch an den Staat, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es erlauben, dass diese Arbeit sinnvoll erbracht werden kann.

### Zukünftig wird sich die Hilfeerbringung auf folgende Aufgaben fokussieren:

- Beziehungen und Netzwerke knüpfen
- Informelle Hilfen und Ressourcen nutzen
- Hilfe am Wohnort erbringen
- Professionelle Hilfe nur, wenn soziale Beziehungsnetzwerke überfordert sind (Subsidiarität)
- Präventive Angebote, die Heimaufnahmen nicht notwendig machen oder auf einen späteren Zeitpunkt verschieben
- Bildungsarbeit gerade auch für Senioren
- Schulungen
- Prophylaxe-Angebote schon zu Hause
- Ausbau eines bürgernahen, quartiersbezogenen Angebots ambulanter und offener Hilfen und Dienstleistungen
- Vernetzung sozialer und kommunaler Angebote
- Modularisierung der Leistungen

Hilfen können heute nur „ganz oder gar nicht“ und nicht differenziert erbracht werden

Hilfeempfänger haben wenig Einfluss auf die Gestaltung der Hilfe

Pflegebudget aktiviert Engagement der Bürger

Jetzt die Weichen stellen:

## 7. NOTWENDIGE POLITISCHE VERÄNDERUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

### Mehr Freiheit zur Selbstorganisation

Der Paradigmenwechsel kann nur gelingen, wenn auch die Politik die Weichen eindeutig in Richtung Bürger-Profi-Mix stellt. Ein zentraler Leitgedanke muss dabei der von der Bundesregierung in ihrer ersten Regierungserklärung geprägte Slogan „Mehr Freiheit wagen“ sein. Die Politik muss sich von der Vorstellung verabschieden, die Hilfen für die Wechselfälle des Lebens in allen Details planen, regeln und finanzieren zu können. Die Sozialsysteme müssen so gestaltet werden, dass sie den in den einzelnen Hilfearrangements beteiligten Bürgern und Profis ausreichend Spielraum zur Selbstorganisation lassen. Dies bedeutet eine Verlagerung von Verantwortung vom Staat in die Gesellschaft hinein, ein Abbau von Vorschriften und Kontrollen sowie die Bereitschaft zu einer höheren Fehler-Toleranz. In diesem Sinne sind die notwendigen rechtlichen Veränderungen anzugehen. Ansatzpunkte für gesetzliche Veränderungen sind vor allem die Sozialgesetzbücher XI (Pflegeversicherung), XII (Sozialhilfe), V (Krankenversicherung), das Heimrecht sowie die Mittelverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im steuerfinanzierten Bereich.

### Bedarf an zusätzlichen Mitteln zur Finanzierung einer Infrastruktur, die Bürgerengagement fördert

Über die im Sozialsystem aufgebrauchten Mittel für die Einzelfallhilfe müssen zusätzliche Mittel für die Schaffung und Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur im Sinne von Case-Management, Gemeinwesenarbeit sowie Qualifizierung und Begleitung bürgerschaftlich Engagierter eingesetzt werden. Dies kann über einen festen Prozentteil am Budget der Sozialversicherungen oder durch einen zweckgebundenen steuerfinanzierten Bundeszuschuss pro Einwohner finanziert werden. Durch die Aktivierung von Mitbürgern und der Selbsthilfe der Betroffenen können diese Investitionen präventive Wirkungen entfalten. Die Bundesratsinitiative Baden-Württembergs vom 23.02.06 (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege) geht in diese Richtung. Allerdings wäre ein höheres Finanzvolumen und eine Einbeziehung der bei Institutionen vorgehaltenen professionellen Stellen zur Engagementförderung und Vermittlung von Hilfearrangements in die Förderung zu fordern.

### Stiftungen flächendeckend aufbauen

Eine weitere Möglichkeit der Finanzierung besteht im Aufbau örtlicher und regionaler Stiftungen. Im Sinne einer bundesweiten Bewegung müsste ein flächendeckender Auf- und Ausbau (wie z.B. der Stiftung „Zeit für Menschen“ oder der Bürgerstiftungen/Sozialfonds im Konzept „Lebensräume für Jung und Alt“) angestoßen werden. Dies könnte dadurch geschehen, dass eine aus Sozialversicherungs- bzw. Steuermitteln auszustattende Bundesstiftung (z.B. Präventionsstiftung im Sinne des geplanten Präventionsgesetzes oder die bestehende „Stiftung Bürger für Bürger“) im Sinne eines „Matching-Funds“ die jeweiligen Spendenbeträge verdoppelt und so Anreize zum Ausbau dieser lokalen Stiftungen setzt. Im Rahmen der geplanten Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sind darüber hinaus weitere mögliche Anreize zum bürgerschaftlichen Engagement z.B. durch verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von „Zeit-Spenden“ zu prüfen.

Politik muss sich von der Vorstellung verabschieden, die Hilfen für die Wechselfälle des Lebens in allen Details planen, regeln und finanzieren zu können

Mittel aus dem Sozialsystem müssen für das Management von Bürgerengagement bereitgestellt werden

Stiftungen können für eine stabile finanzielle Basis sorgen

### Anreize zu Prävention und Selbstorganisation

Auch die Leistungen, die im Einzelfall für die konkrete Hilfe gewährt werden, müssen so gestaltet werden, dass sie echte Anreize zu Prävention und Rehabilitation und damit der Förderung weitgehender Selbständigkeit enthalten. So ist daran zu denken, dass neben den bisherigen Pflegeversicherungsleistungen bzw. der Entgeltübernahme durch die Sozialhilfe, die jeweils für konkrete Pflege- und Betreuungsleistungen gewährt werden, pauschale zweckgebundene Pro-Kopf-Beträge an die Sozialeinrichtungen gewährt werden, welche daraus die Arbeit von Verantwortlichen für den Aufbau von Hilfearrangements von Profis, Angehörigen und Ehrenamtlichen finanzieren. Denkbar ist auch, dass Einrichtungen, die auf diese Weise eine Aktivierung von Pflegebedürftigen und Überführung in eine niedrigere Pflegestufe erreichen, über einen begrenzten Zeitraum an den Ersparnissen der Kostenträger beteiligt werden.

### Leistungsmodule statt pauschale Komplettleistungen

Die Entwicklung und Umsetzung neuer und erweiterter Formen eines Bürger-Profi-Mixes hängen stark von den rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Bislang stellen insbesondere stationäre Angebote geschlossene Systeme dar, die auf eine Komplettversorgung durch Profis und eine Pauschalfinanzierung ausgerichtet sind. Die Herausnahme von Leistungen aus diesen Gesamtpaketen und Überantwortung an freiwillig engagierte Bürger ist dabei weder rechtlich noch finanziell vorgesehen. Es müssen also mehr fließende Übergänge zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich geschaffen, stationäre Angebote in Teilleistungen aufgegliedert werden können. Die Mitwirkung bürgerschaftlich Engagierter in diesen Systemen kann nur funktionieren, wenn z.B. das Haftungsrecht entsprechend differenziert wahrgenommen und die Fachkraftquote flexibel gehandhabt werden kann. Es muss auch die Möglichkeit bestehen, die Leistungsentgelte zu senken, wenn Angehörige einzelne Leistungen selbst übernehmen.

Die flexible Umsetzbarkeit von Bürger-Profi-Mix-Modellen ist vor allem im Rahmen des Persönlichen Budgets gut möglich. Deshalb sollte diese Leistungsform als echte Wahl-Alternative zur Sachleistung mit einem entsprechenden Rechtsanspruch eingeführt werden. Wichtig ist der Ausbau trägerübergreifender Budgets und der Verzicht auf neue dirigistische Vorgaben bei der Mittelverwendung.

### Kein Sozialabbau durch Bürgerschaftliches Engagement

Die Einbindung bürgerschaftlich Engagierter in die sozialen Hilfearrangements bringt sowohl eine zusätzliche Qualität für die betroffenen hilfebedürftigen Menschen, als auch für das soziale Klima in der Gesellschaft insgesamt. Engagierte Bürger dürfen aber nicht als „Lückenbüßer“ missbraucht werden, um dadurch gesetzliche Sozialleistungen und Qualitätsstandards zu reduzieren oder einen Niedriglohnsektor im Sozialbereich aufzubauen. Die öffentlichen Sozialleistungsträger bleiben in der Verpflichtung, über leistungsgerechte Entgelte die notwendige qualifizierte Pflege und Betreuung und den Einsatz einer ausreichenden Zahl leistungsgerecht bezahlter professioneller Kräfte sicherzustellen.

### Fazit

Wenn es gelingt, die Selbsthilfekräfte der Gesellschaft und die Bereitschaft zu persönlicher Solidarität bei den Bürgern zu stärken, dann hat dies sehr positive Auswirkungen auf das soziale Klima in der Gesellschaft. Durch die solidarischen und präventiven Effekte können die durch den demographischen Wandel zu erwartenden Herausforderungen besser bewältigt werden. Das Engagement entsteht aber nicht von selbst. Das Freiwilligen-Management muss zusätzlich finanziert werden. Gleichzeitig muss die Qualität des professionellen Hilfesystems gesichert, aber flexibler und offener gestaltet werden.

Pauschale Pro-Kopf-Beträge an die Sozialeinrichtungen für den Aufbau von Hilfearrangements von Profis, Angehörigen und Ehrenamtlichen

Rechtliche Rahmenbedingungen müssen erweitert werden

Ausbau des Persönlichen Budgets und des Geldleistungsprinzips

Engagierte Bürger sind keine Lückenbüßer

Freiwilligen-Engagement muss auf festen finanziellen Beinen stehen

Stiftung Liebenau



**SAMARITER**   
*STIFTUNG*

